

Rede zur Einbringung des Haushalts 2019 der Stadt Rheinfelden (Baden) durch Oberbürgermeister Klaus Eberhardt

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
meine Damen und Herren!

Bei den verwaltungsinternen Vorbereitungen des Haushaltsplanentwurfs 2019 kam ich nach Vorliegen der ersten Zahleneckwerte sogleich zu der Einschätzung, dass das Jahr 2019 – zumindest in der Planphase – mit Sicherheit eines der besten Haushaltsjahre der jüngeren Geschichte der Stadt Rheinfelden (Baden) darstellen wird. Noch nie waren – auch dank der vorzüglichen Vorbereitung der Haushaltsabteilung – die hausinternen Beratungen so zielorientiert, konstruktiv und im Hinblick auf mögliche Einsparungen so entspannt wie in diesem Jahr.

Der Grund hierfür liegt in der besonders guten, konjunkturellen Lage der Bundesrepublik Deutschland, die eine Steigerung der Einnahmen und der Zweckzuweisungen in beträchtlicher Höhe erwarten lässt. Bei den ordentlichen Erträgen ist im Vergleich zum Jahre 2017 eine Zunahme um 11 % von 78,8 Millionen Euro auf 87,1 Millionen Euro zu erwarten.

Dass gleichzeitig die Aufwendungen stärker um 14,9 % steigen (von 73,2 Millionen Euro im Jahre 2017 auf jetzt vorgesehene 84,1 Millionen Euro), lässt sich durch erhöhte Aufwendungen für die Kinderbetreuung und die Ganztageseschulen sowie durch einen erhöhten Instandsetzungsaufwand und den Aufgabenzuwachs, der zusammen mit einem gewissen Nachholbedarf der Stadt Jahr für Jahr Stellenmehrungen begründet, erklären.

Grundlage für den Entwurf des Haushaltsplans ist die Steuerschätzung vom Mai 2018 und der Haushaltserlass für das Jahr 2019 vom 24.09.2018. Dieser weist gegenüber den bisherigen Planungen deutlich höhere Grundkopfbeträge und eine gestiegene kommunale Investitionspauschale aus. Weil die Steuerkraftmesszahl und die Steuerkraftsumme gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich steigen, führt dies im Jahre 2019 erneut zu höheren Schlüsselzuweisungen.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verzeichnet ebenfalls ein deutliches Plus. Hingegen geht der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer leicht zurück. Auch für die Finanzplanungsjahre 2020 bis 2022 kann beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach den bisherigen Annahmen mit deutlichen Mehrerträgen gerechnet werden.

Gemäß der Daten aus der Oktober-Steuerschätzung für die Kommunen des Landes Baden-Württemberg gibt es einen leichten Korrekturbedarf: Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird für den Haushalt und die Finanzplanungsjahre erwartungsgemäß nach unten korrigiert, so dass der Planansatz im gesamten Finanzierungszeitraum jeweils um 200.000 Euro zurückgeht. Die Umsatzsteuer geht ganz leicht nach oben. Der Pro-Kopf-Betrag 2019 wurde um 4 Euro auf 1.404 Euro je Einwohner erhöht und die kommunale Investitionspauschale beträgt 2019 nach den neuesten Prognosen voraussichtlich 91 Euro (bisher 90 Euro). Die Zuweisungen aus dem Familienlastenausgleich sowie die Zuweisungen für die Kindergartenförderung gehen ebenfalls leicht nach oben. Zahlenmäßig wirken sich diese Oktober-Steuerschätzung und die voraussichtliche Absenkung der Kreisumlage auf

31,0 % für den Haushalt gegenüber der bisherigen Planung mit einer Verbesserung um insgesamt 480.900 Euro aus.

Bei den frei verfügbaren liquiden Eigenmitteln zum Jahresende können wir eine stolze Summe von 20,7 Millionen Euro verzeichnen.

Diese guten finanziellen Voraussetzungen bilden die Grundlage für anstehende Großprojekte der Stadt. Mit einigen Grundsatzentscheidungen, wie für das Feuerwehrzentralgebäude, das Hallenbad, die Erschließung des Gewerbegebiets „Sengern“, den Schulhausausbau und die Einrichtung von neuen Kinderbetreuungseinrichtungen, hat sich die Stadt über Jahre an erhebliche Ausgabevolumen gebunden. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass die großen Ausgabepositionen erst in den Folgejahren zu erwarten sind und die Liquidität ab dem Jahr 2020 erheblich abnehmen wird. Die Grundliquidität kann allerdings in der mittelfristigen Finanzplanung immer noch sichergestellt werden. Letzteres ist eine wichtige Basis für die Entscheidungen zum Haushaltsjahr 2019 und den Folgejahren: Bei dem jetzigen Kenntnisstand kann man die einzelnen Projekte gut vertreten in der Erkenntnis, dass die Finanzierung in der mittelfristigen Planung sichergestellt ist. Allerdings zeigt die Abschmelzung des Liquiditätsbetrags auch deutlich, dass sich der Platz für weitere Großprojekte nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse nicht abzeichnet.

Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die seit Jahren gängige Praxis von Bund und Land, den Kommunen zusätzliche Aufgaben aufzubürden, ohne einen entsprechenden finanziellen Vollaussgleich zu schaffen, langfristig zu einer erschwerten Situation der Haushalte der Kommunen führen wird. Insbesondere im Bildungsbereich, bei der Kinderbetreuung und bei der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen werden kostenintensive Strukturen geschaffen, welche den städtischen Haushalt dauerhaft belasten. So lautet mittelfristig die große finanzpolitische Aufgabe, den Ergebnishaushalt weiter so zu ertüchtigen, dass er dauerhaft Überschüsse zur Finanzierung der Investitionen erzielt.

Welches sind nun die großen Projekte für das Jahr 2019, die im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung veranschlagt sind?

Zunächst möchte ich auf die Stadtsanierungsmaßnahmen zu sprechen kommen. Bei dem Programm „Stadtmitte West“ haben wir Ansätze für die Umgestaltung der Rheinbrückstraße (Planungskosten 143.000 Euro) und die Errichtung einer Mobilitätszentrale am Bahnhof (Investitionszuschuss in Höhe von 200.000 Euro und Außengestaltungsmittel in Höhe von 100.000 Euro) gebildet. Selbstverständlich ist auch die Adelbergkirche berücksichtigt (Investitionszuschuss 100.000 Euro).

Im Ortsteil Herten stehen Projekte, wie die Modernisierung des Hauses Rabenfels als öffentliches Haus und die Umgestaltung des Rathausvorplatzes auf der Agenda. Bei diesen beiden Projekten müssen wir aber noch den genauen Finanzrahmen definieren. Die vom Land zugesagten Sanierungsmittel decken den angedachten Finanzierungsmittelbedarf durch die genannten beiden Projekte bei weitem nicht. Hier müssen wir noch unbedingt in die Definition von vertretbaren Kosten eintreten. Nicht alles, was in der Ortssanierung Herten wünschenswert wäre, kann auch finanziell mit Sanierungsmitteln umgesetzt werden. Im Haushaltsplan 2019 stehen für die Ortskernsanierung Herten II Investitionszuschüsse in Höhe von 180.000 Euro und für die

Sanierungsmaßnahme „Umbau des Hauses Rabenfels (Planungsrate)“ 100.000 Euro zur Verfügung. Bei der Adelbergkirche muss auf 200.000 Euro erhöht werden.

Das Großprojekt „Feuerwehrzentralgebäude“ tritt 2019 in die Umsetzungsphase, beginnend mit einem Wettbewerb. Gleichzeitig ist die Planung für den Umbau des Kreisverkehrsplatzes mit einem Betrag von 117.000 Euro vorgesehen. An Landeszuschüssen sind in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 250.000 Euro eingeplant.

Für beide Maßnahmen sind im Haushaltsplanentwurf Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre festgelegt.

Auch beim Hallenbad ist eine erste Investitionsrate für die Vorbereitung der Planungen in Höhe von 600.000 Euro vorgeschlagen. Gerade bei diesem Projekt gilt es auf das Gaspedal zu treten, da weitere größere Schäden am Hallenbad nicht auszuschließen sind, die schlimmstenfalls sogar eine Schließung abverlangen würden.

Zum Thema „Schulausbau“ steht u. a. je eine Teilsanierung der Realschule auf der Agenda sowie auch die seit Jahren gewünschte zweite Etappe für die Schulhofgestaltung der Goetheschule.

In den Ortsteilen ist eine erste Rate für den Ausbau der Fridolinhalle in Degerfelden und für die Dorfplatzgestaltung in Adelhausen eingeplant.

Im Tiefbaubereich werden für die Offenlegung des Dürrenbachs im 2. Bauabschnitt 830.000 Euro bereitgestellt. Die Erschließungsplanung für das Baugebiet „Grendelmatt III“ beläuft sich auf 555.000 Euro. Die bereits beschlossenen Planungskosten für den Haltepunkt Warmbach sind mit 462.000 Euro veranschlagt.

Als neues Projekt, das in der Klausurtagung nicht absehbar war, ist die Beschaffung einer dringend benötigten neuen Drehleiter für die Feuerwehr (veranschlagt sind hierfür 850.000 Euro) hinzugekommen. Für die bestehende Drehleiter ergibt sich ein sehr hoher Reparaturbedarf, bei kaum noch gegebener Verfügbarkeit von Ersatzteilen.

Die Erschließung des Gewerbegebiets „Sengern“ ist mit einem Betrag von 2.425.000 Euro veranschlagt und stellt damit die größte Position im Tiefbaubereich dar.

Zu erwähnen ist auch weiterhin ein Investitionszuschuss zum Umbau des Kindergartens „St. Anna“ in Höhe von 771.000 Euro.

Die Gesamtinvestitionen sind dem Vorbericht des Haushaltsplanes im Detail zu entnehmen.

Gestatten Sie mir nun einige Ausführungen zum Ergebnishaushalt des Planentwurfes 2019:

Die Personalkosten steigen gegenüber dem Vorjahr um 1.553.502 Euro auf insgesamt fast 19,9 Mio. Euro. Hierbei wurde eine Besoldungs- und Tarifierhöhung mit geschätzten 2,6 bzw. 2,7 % eingeplant. Dies allein bringt eine Steigerung von rund 447.000 Euro mit sich. Weiter steigern die geplanten Stellenmehrungen den Etat um rund 547.000 Euro. Durch eine Steigerung der Personalkosten in den Bäderbetrieben, den Ausbau der Mensa an der Scheffelschule und die Erhöhung der Kernzeitbetreuung entstehen weitere Mehraufwendungen in Höhe von rund 60.200 Euro.

Im Zusammenhang mit der Personalkostenentwicklung möchte ich auf die seit einigen Jahren aktiv betriebene Personalentwicklung hinweisen. Betrachtet man die Aktivitäten der letzten Jahre, so wird unschwer zu erkennen sein, dass die Umtriebigkeit, die Aufgabenvielfalt und –komplexität zugenommen haben. Insofern war auch die umfangreiche Erweiterung des Personalkörpers notwendig. Den größten Anteil nehmen hierbei natürlich die Leistungen für die „Familienfreundliche Stadt“ im Zuge der Kinderbetreuung ein. Aber auch im Rathaus wurden im Bau- und Ordnungsbereich Stellen gefordert und mit Zustimmung des Gemeinderats auch geschaffen. Neben weiteren Stellen für das Haushaltsjahr 2019 betreiben wir verwaltungsintern aber auch die notwendige Anpassung der Vergütungsstrukturen. In einem neu aufgesetzten Prozess werden auf mehrere Jahre verteilt, Stellen neu bewertet, perspektivische Entwicklungen aufgezeigt und Bewertungssysteme auf eine einheitliche Grundlage gestellt. In einer ersten Tranche für 2019 schlagen wir Stellenanhebungen vor. Entgegen manch aufgetretener Gerüchte finden diese allerdings in allen Bereichen der jeweiligen Tarifgruppen statt und sind im Vergleich zu anderen Kommunen auch dringend geboten.

Für die Unterhaltung und Instandsetzungen der Grundstücke, Gebäude einschließlich technischer Anlagen werden 2019 3.649.000 Euro bereitgestellt (Vorjahr: 3.423.000 Euro). Profitieren von der Erhöhung werden insbesondere die Schulen mit einem Betrag von 1.542.000 Euro gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1.271.000 Euro wie auch Einrichtungen der Sportplätze, Bäder und Hallen (435.500 Euro gegenüber 392.500 Euro im Vorjahr). Auch der Straßenunterhalt wird 2019 mit einem höheren Betrag als im Vorjahr (624.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr 551.000 Euro) ausgestattet.

Bei den Schulmitteln liegt der Betrag 2019 ebenfalls mit 774.450 Euro höher als im Vorjahr (737.950 Euro).

Trotz Energiesparmaßnahmen nehmen die Bewirtschaftungskosten gegenüber dem Vorjahr um 181.430 Euro auf insgesamt 2.750.000 Euro zu. Dies erklärt sich aufgrund der Vorjahresergebnisse und durch die neue Ausschreibung der Reinigungskosten, bei der eine Kostensteigerung erwartet wird. Sinkende Energiekosten von bereits umgesetzten Sanierungsmaßnahmen wurden allerdings berücksichtigt.

Die Aufgabenvielfalt erfordert auch einen erhöhten Planungsaufwand. So steigen die Kosten für Bebauungspläne auf 390.000 Euro und nehmen damit gegenüber dem Vorjahr um die erhebliche Summe von 145.700 Euro zu.

Die sonstigen Transferaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 786.850 Euro. Die wichtigsten Einzelpositionen sind die Zuschüsse an die kirchlichen Träger der Kindergärten mit einem Betrag von 7.100.300 Euro (Zunahme um 350.300 Euro) wie auch die Zuschüsse für die freien Träger mit insgesamt 194.500 Euro.

In den Vorjahren sind die Unterhaltungskosten immer wieder in die Kritik hinsichtlich Kostenentwicklung und Vollzug geraten. Ich verweise hierbei auf die schwierigen Umsetzungsfragestellungen aufgrund der angespannten Markt- und Personalsituation. Gleichwohl hatte sich die Verwaltung entschieden, 2019 auch wieder neue Maßnahmen in den Unterhalt aufzunehmen. Die großen Maßnahmen wurden mit den Schulleitern im Vorfeld besprochen.

Zu den vorliegenden Wirtschaftsplänen der städtischen Eigenbetriebe kann in aller Kürze Folgendes gesagt werden:

Im Erfolgsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung kann der im Jahr 2018 deutlich reduzierte Gebührensatz von 1,30 Euro/m³ Schmutzwasser und 0,30 Euro/m² versiegelter Fläche beibehalten werden. Im investiven Bereich sind rund 5,4 Millionen Euro für eine Vielzahl von Erschließungsmaßnahmen veranschlagt. Hier sind insbesondere die Maßnahmen zur Erschließung des Feuerwehrzentralgebäudes und des neuen Baugebiets „Sengern“ herauszuheben.

Auch beim Wasserwerk kann der 2018 gesenkte Gebührensatz von 1,30 Euro/m³ Wasserbezug gehalten werden. Bei den Investitionen liegt der Schwerpunkt auf der Fortführung des Umbaus der Wasserversorgung am Dinkelberg durch den neuen Hochbehälter Minseln mit entsprechendem Leitungsbau und dem Beginn des Neubaus des Hochbehälters Nollingen. Insgesamt sollen 2019 hierfür rund 2 Millionen Euro ausgegeben werden.

Die Wärmeversorgung weist im Erfolgsplan erneut eine schwarze Null aus, bei gleichzeitiger Durchführung des vom Gemeinderat beschlossenen Quartierskonzepts für die Rheinfelder Innenstadt. An Investitionen werden 2019 1,9 Millionen Euro ausgegeben, vor allem um das Leitungsnetz weiter auszubauen und die ersten Baumaßnahmen zur Nutzung der Abwärme der Evonik zu beginnen.

Im Bürgerheim weist der Erfolgsplan ein ordentliches Ergebnis von +1.700 Euro aus während das außerordentliche Ergebnis +984.400 Euro beträgt. Dieses außerordentliche Ergebnis kommt aus der Veräußerung eines Grundstücks und dient der Finanzierung des anstehenden Umbaus des Bürgerheims, welcher im investiven Bereich mit einer erneuten Planungsrate von 75.000 Euro vorbereitet wird.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich feststellen, dass das Planwerk „Haushalt 2019“ auf sehr soliden Grundlagen basiert, eine enorme Herausforderung für die Beschäftigten der Stadt Rheinfelden (Baden) bedeutet und Ihnen als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auch Disziplin abverlangt, das System „Öffentliche Hand“ mit seiner Aufgabenvielfalt nicht zu übersteuern. Deswegen werbe ich bei den anstehenden Diskussionen für Disziplin, insbesondere bei den Investitionen, die gerne noch aus den verschiedenen Bereichen und Wünschen formuliert werden könnten. Es gilt die Grundlagen unserer Klausurtagung aus dem Mai letzten Jahres zu berücksichtigen wie auch die

Leistbarkeit der Aufgaben im Rathaus. Für eine umsichtige Finanzlastplanung sprechen auch die erwartbaren Teuerungen in den Projektentwicklungen wie auch eine mögliche Abflachung der guten konjunkturellen Lage. All dies sind gute Gründe, 2019 ein stark positives, ordentliches Ergebnis zu erzielen, die Liquidität damit zu erhöhen, um die Leistungsfähigkeit für die nächsten Jahre sicherzustellen.

Für die aus meiner Sicht exzellente Vorbereitung des Zahlenwerkes möchte ich der Stadtkämmerei und speziell der Haushaltsabteilung, mit Frau Schreiner in der Leitung, ein großes Kompliment aussprechen. Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen!

Klaus Eberhardt | Oberbürgermeister